

Dokumentation

Außenpolitik

Karsten Giese

Hu Jintao in Indien – kaum neue Impulse

Als drittes Land seiner in vier Staaten führenden Asienreise besuchte der chinesische Präsident Hu Jintao Indien, wo er am 21. November 2006 mit dem indischen Premierminister Manmohan Singh und weiteren Regierungsvertretern zu einem Meinungsaustausch zusammentraf. Am Ende des ansonsten ohne neue Impulse für das bilaterale Verhältnis gebliebenen Staatsbesuchs stand eine gemeinsame Erklärung. Darin vertreten beide Seiten die Auffassung, es sei förderlich, in einen regelmäßigen Austausch hinsichtlich der entstehenden Sicherheitsarchitektur im Asien-Pazifik-Raum einzutreten. Ferner wolle man einander zukünftig proaktiv in verschiedenen Angelegenheiten von unmittelbarem Interesse und auch in aufkommenden Fragen konsultieren. Als unsichtbarer Dritter saß Russland mit am Verhandlungstisch, mit dem man den trilateralen Austausch und die Kooperation weiter stärken wolle.

Zwischen Indien und China herrsche Einigkeit in der Einschätzung der zentralen Rolle, die die Vereinten Nationen auch zukünftig im Hinblick auf Frieden, Sicherheit und Entwicklung in der Welt spielen sollten. Weiterhin sei es im beiderseitigen Interesse, eine neue internationale Energieordnung zu errichten, die faire Bedin-

gungen, Sicherheit und Stabilität für die gesamte internationale Gemeinschaft biete. Leider blieben diese Floskeln ohne Inhalt, wie eine solche Ordnung aussehen sollte. Mit Blick auf die Welthandelsorganisation WTO bekannten sich beide Staaten zur Rolle als Fürsprecher und Vertreter der Interessen der Entwicklungsländer.

Im Zusammenhang mit dem US-amerikanisch-indischen Nukleargeschäft von Bedeutung ist ein Passus der gemeinsamen Erklärung, der sich der zivilen Nutzung der Kernenergie und der Nichtverbreitung von Atomwaffen widmet. Hier heißt es, man wolle innovative Ansätze der zivilen Kooperation suchen und gleichzeitig die Effektivität der internationalen Nichtverbreitungsregime schützen. China wird im kommenden April in der Lage sein zu demonstrieren, wie es zu Indien in dieser Sache steht. Dann wird u.a. der indisch-US-amerikanische Nukleardeal im Rahmen der jährlichen Plenarsitzung der Nuclear Suppliers Group (NSG) verhandelt werden. Diese aus 45 Mitgliedsstaaten bestehende Organisation war im Jahr 1974 – nicht zuletzt im Zusammenhang mit indischen Atomtests – gegründet worden, um die Verbreitung von Nukleartechnologie und Kernbrennstoffen zwischen den Mitgliedern und solchen Staaten zu kontrollieren, die dem Nichtverbreitungspakt nicht beigetreten sind. Indien zählt wie auch Pakistan nicht zu den Unterzeichnerstaaten des Nichtverbreitungspaktes. Die USA, Frankreich und Russland als Mitglieder der NSG haben der zwischen den Vereinigten Staaten und Indien geschlossenen Vereinba-

zung über die zivile Nutzung der Kernkraft bereits zugestimmt. China wird spätestens im April Farbe bekennen müssen, hält sich bislang jedoch noch bedeckt.

Im Hinblick auf die Wirtschaft (vgl. Giese in diesem Heft) rief Hu Jintao dazu auf, Handels- und Investitionsbarrieren abzubauen. Auch sollte mehr Arbeit in eine schnelle Fertigstellung der begonnenen Machbarkeitsstudie zu einem bilateralen Freihandelsabkommen fließen, um hier voranzukommen. China hat allerdings in diesem Zusammenhang nicht nur Indien im Visier, das im Außenhandel eine eher marginale Rolle spielt. Vielmehr richten sich die chinesischen Begehrlichkeiten über Indien hinaus auf ganz Südasiens. Hu erklärte vor Repräsentanten der Wirtschaft, China sei ein engagierter Beobachter der South Asian Association for Regional Co-operation SAARC und suche nach Möglichkeiten für eine Verbesserung der Beziehungen zu den südasiatischen Nachbarn.

Bilaterale Themen dominierten naturgemäß das Abschlussdokument der Reise. Hier wurde eine Zehn-Punkte-Strategie beschrieben, die zur Verbesserung der Beziehungen beitragen soll. Eingeflossen ist darin die chinesische Erkenntnis, mehr für die Vertrauensbildung tun zu müssen. Dies gilt insbesondere für das indische Militär und das Verteidigungsministerium (vgl. die Fokusartikel von Giese und Wagner in diesem Heft). Daher wurde die Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich als möglicher Weg zur Vertrauensbildung identifiziert. Ein Zugeständnis an Indien stellt auch die Aufnahme eines Passus dar, der zu einer schnellen Klärung offener Fragen zwischen beiden Staaten aufruft – sprich der Grenzfrage, in der China es bedeutend weniger eilig

hat. (SCMP, 24.11.06; ST, 22.11.06; XNA, 21.11.06; FAZ, 23.11.06)

FTA mit Pakistan

Unmittelbar nach seiner Reise nach New Delhi stattete der chinesische Präsident Hu Jintao vom 23 bis 26. November auch Chinas Allwetterfreund Pakistan einen Staatsbesuch ab. Der indischen Regierung hatte Hu seine Vermittlung in dem langjährigen Konflikt zwischen Indien und Pakistan angeboten, zugleich aber betont, nicht Partei ergreifen zu wollen. Dennoch sprechen die politischen Signale, die die Unterschiede beider Staatsbesuche kennzeichnen, eine deutliche Sprache. Das Verhältnis zu Pakistan ist nach wie vor deutlich unbelasteter und enger als das zu Indien. Eine längere Besuchsdauer, mehr Pomp und Zeremoniell und handfeste Verträge sprechen für Pakistan.

Von der pakistanischen Staatsführung wurde Chinas unschätzbare Unterstützung im Hinblick auf eine Teilnahme Pakistans am Asia Europe Meeting hervorgehoben. Im Gegenzug begrüßte Pakistan auch ausdrücklich die Beobachterrolle Chinas in der SAARC. China, so General Musharraf, sei die moralische Stimme in den internationalen Beziehungen. Seine Anstrengungen zur Aufrechterhaltung der Prinzipien von Gleichheit und Gerechtigkeit seien ein Quell der Stärke für die Entwicklungsländer.

Derart gepriesen fiel es dem chinesischen Präsidenten leicht, einen Konsens mit seinem Gastgeber auch im Hinblick auf die bilaterale Kooperation in Energiefragen zu erreichen. Hier blieb Hu allerdings hinter den Erwartungen der pakis-

tanischen Seite zurück. Hatte man dort darauf gehofft, eine deutliche Zusage zur Erweiterung der Kooperation in der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu erhalten, liegt die Betonung in dem Dokument nun vielmehr auf den Bereichen Wasserkraft, Kohle und Neue Energien.

Der eigentliche Höhepunkt dürfte die Unterzeichnung einer bilateralen Freihandelsvereinbarung gewesen sein – der dritten, die China zur Errichtung von Freihandelszonen überhaupt abschließt, nachdem schon vorher entsprechende Dokumente mit der ASEAN und Chile zustande gekommen waren. Obgleich aus chinesischer Sicht Pakistan bei Weitem nicht der wichtigste Handelspartner ist, wird die Vereinbarung zwischen beiden Staaten wohl Geschichte schreiben, weil sie bereits ab 1. Juli 2007 Gültigkeit besitzen soll. Die China-ASEAN-Freihandelszone ist hingegen noch Zukunftsmusik, und mit Indien wurde gerade erst die beschleunigte Fertigstellung einer Machbarkeitsstudie vereinbart, ganz zu schweigen von einer möglichen Freihandelsvereinbarung selbst. (ST, 18., 25.11.06; WSJ, 23.11.06; AP Pakistan, 23./24.11.06, nach BBC PF, 24./25.11.06; ZXS, 24.11.06, nach BBC PF, 26.11.06)

Strategiepapier der EU zu China

Am 24. Oktober 2006 stellte die Europäische Union ihr neues Strategiepapier für die Beziehungen zur Volksrepublik China vor (siehe: <http://ec.europa.eu>). Das Dokument mit dem Titel „EU-China: Closer partners, growing responsibilities“ setzt auf den Ausbau der im Jahr 2003 begründeten strategischen Partnerschaft und formuliert

das Ziel, größere gegenseitige Verantwortung zu übernehmen. Im Klartext heißt das, die Europäische Union will den Transformationsprozess zu einer offeneren und pluraleren Gesellschaft in China unterstützen und wünscht von der chinesischen Regierung verstärkt die Übernahme von Verantwortung im Rahmen der internationalen Beziehungen.

Die EU bescheinigt der VR China, dass sie im Verlaufe der letzten Dekade zu einer Großmacht geworden ist und formuliert die Notwendigkeit, auf diese neue Situation adäquat politisch zu reagieren. Dazu gehört auch die prinzipielle Bereitschaft zur Aufhebung des im Jahr 1989 verhängten Waffenembargos – sofern China ihrerseits Entgegenkommen etwa im Hinblick auf die Wahrung der Menschenrechte oder eine größere Transparenz ihrer Verteidigungsaufwendungen zeigt. Nach Einschätzung der EU-Kommission handelt es sich um reife und für beide Seiten vorteilhafte bilaterale Beziehungen, auch wenn noch einige Differenzen bestehen bleiben. Die Europäische Union strebt eine enge Zusammenarbeit mit China auch an, um gemeinsam zur Stärkung eines effektiven multilateralen Systems beizutragen. Obwohl andere Begriffe gewählt wurden, ist die Ähnlichkeit zu dem von China propagierten multipolaren System nicht zu verkennen.

Das politische Dokument wurde ergänzt durch ein weiteres Strategiepapier zum Thema Handel und Investitionen, das mit dem Titel „Competition and Partnership“ überschrieben ist. Es wird von europäischer Seite ein umfassendes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen angestrebt, das die aus dem Jahr 1985 stammende Handelsvereinbarung ersetzen

soll. Das Handelsdokument sorgte in China zunächst für Befremden, weil darin angekündigt wurde, man wolle stärker auf die Einhaltung der WTO-Regeln achten und China gegebenenfalls auch vor der WTO anklagen.

Als EU-Handelskommissar Mandelson Anfang November in offizieller Funktion nach China reiste, war von dieser Verstimmung nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil deutete der EU-Kommissar beispielsweise an, die EU könne durchaus davon absehen, die USA zu unterstützen, wenn sich diese in der Frage der Missachtung von geistigen Eigentumsrechten in China offiziell mit dem Ruf nach Sanktionen an die WTO wendeten. Die wirtschaftlichen Beziehungen bilden laut Mandelson den Motor für die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen EU und China. In einem Memorandum of Understanding einigten sich beide Seiten in Beijing auf 1) die Beilegung von Reibungen im Handel (trade frictions) durch freundliche Konsultationen, 2) einen Austausch über die Frage des Schutzes von geistigem Eigentum, 3) die Einrichtung einer Website zum Thema bilateralen Handel, 4) die Zusammenarbeit zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, 5) Austausch und Dialog zum Thema Dienstleistungsexport auf Arbeitsebene und auf 6) einen informellen Dialog zum Eisen- und Stahlhandel. (XNA, 25., 26.10.06, 8.11.06; FAZ, 25.10.06; ST, 9.11.06; SCMP, 6.11.06)

Chirac in China – schöne Worte werden belohnt

Der französische Staatspräsident Jaques Chirac hielt sich Ende Oktober zu einem

viertägigen Staatsbesuch in China auf, in dessen Verlauf er Gespräche mit der chinesischen Staats- und Parteispitze führte. Bereits im Vorfeld seines am 25. Oktober 2006 begonnenen Besuchs hatte Chirac in einem Interview mit Xinhua erklärt, dass die Beziehung zu China ein Herzstück der französischen Außenpolitik bilde und sich in Frankreich jeder bewusst sei, dass die Zukunft der Welt aufs Engste mit China verknüpft sei. Die französisch-chinesischen Beziehungen entwickelten sich im Geist kollektiver Verantwortung innerhalb einer globalen Partnerschaft.

Auch im Verlauf seines Besuchs wusste der französische Präsident genau, welche Töne bei seinen Gastgebern den größten Anklang finden würde. Ganz im Sinne der chinesischen Regierung fiel die Erklärung Chiracs aus, Frankreich betreibe eine unabhängige Außenpolitik und werde seine Koordination und Kooperation mit der VR China innerhalb des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und in der Frage regionaler Konflikte wie etwa im Nahen Osten ausdehnen.

In einer gemeinsamen Erklärung mit dem chinesischen Präsident Hu Jintao heißt es zum Wohlgefallen Chinas weiter, die Europäische Union solle der Intensivierung der Partnerschaft mit China dadurch Rechnung tragen, dass das Waffenembargo aufgehoben werde. Darüber hinaus solle die EU sobald als möglich China den Status einer Marktwirtschaft zuerkennen. Chirac zeigte sich so als Meister der schönen Worte, denen nicht notwendigerweise auch Taten folgen müssen. Schließlich kann Frankreich in den genannten Punkten immer den Widerstand der anderen EU-Mitglieder ins Feld führen, der auch durch das größte

Wohlwollen der Grande Nation nicht zu brechen ist.

Den Hinweis auf die Menschenrechtslage in China ersparte Chirac seinen Gastgebern. Diesen verlegte er vielmehr auf ein Treffen mit französischen Unternehmern. Dort erklärte er, als Gastgeber der Olympischen Spiele 2008 und der Expo 2010 werde China nicht umhin können, auch die Menschenrechte zu achten. Allerdings verband er diese Einschätzung nicht mit Aufforderungen an die chinesische Regierung. Vielmehr stellte er einen Zusammenhang in der Weise her, dass die Welt auf China schauen werde und die Großereignisse selbst zu einer Evolution der Regierungsführung in der Volksrepublik führen werden.

In den Unterredungen mit der chinesischen Staatsführungen spielten aber derlei Überlegungen offenbar keine Rolle. Im Gegenteil zeigte sich Hu Jintao sehr zufrieden mit den Gesprächen und auch mit der allgemeinen Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Staaten. Eine positive Bilanz zog Hu auch im Hinblick auf das Chinajahr in Frankreich, das Frankreichjahr in China sowie die damit verbundenen Aktivitäten des Kultur- und Jugendaustauschs. Diese hätten zu einem besseren gegenseitigen Verständnis beigetragen.

Hu Jintao unterbreitete seinem französischen Gast auch einige Vorschläge zur weiteren Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen. Abgesehen von den üblichen Floskeln ohne Konkretisierung im Hinblick auf die Fortführung der Treffen auf höchster Ebene bis hinunter zur Kooperation von Lokalregierungen, auf die Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen,

die Koordination in internationalen Angelegenheiten etc., machte er den konkreten Vorschlag, mit Verhandlungen über ein gegenseitiges Auslieferungsabkommen zu beginnen. Im Bereich der Wirtschaft regte Hu insbesondere eine verstärkte Kooperation im Energie-, Luft- und Raumfahrt- sowie im Telekommunikationssektor an. Dieser Wunsch deckt sich mit den Ambitionen des französischen Präsidenten, der mit China eine „echte strategische industrielle Partnerschaft“ aufbauen möchte und dafür just die Luftfahrtindustrie, die Atomenergie und die Eisenbahntechnik auserkoren hat, worin Frankreich nach Chiracs Worten über beispiellose Erfahrungen verfüge.

Soviel Übereinstimmung muss belohnt werden. Chirac reiste dem Vernehmen nach mit Verträgen oder Absichtserklärungen im Umfang von 10 Mrd. USD zurück nach Frankreich. Zwar enthält diese Summe auch die Bestellung von 150 Flugzeugen von Airbus, die ja auch die Deutsche Airbus als eigenen Erfolg verbucht. Doch allein die französische Alstom SA konnte einen Auftrag zur Lieferung von 500 Lokomotiven und Wasserkraftanlagen im Gesamtumfang von 400 Mio. EUR mit nach Hause nehmen. (SCMP, 25., 27.10.06; WSJ, 26.10.06; XNA, 24., 26.10.06; AFP, 25.10.06, nach BBC PF, 26.10.06)

Wirtschaftliche Schiefelage zwischen China und Russland

Das 11. regelmäßige Gipfeltreffen der Ministerpräsidenten der Russischen Föderation und der Volksrepublik China am 10. November 2006 in Beijing diente als Rahmen für die Unterzeichnung von nicht weniger

als 17 bilateralen Verträgen überwiegend wirtschaftlichen Inhalts. Da Energie für China von zentraler Bedeutung ist, wurden so etwa russische Pläne zur Verzehnfachung der Energieexporte nach China während der nächsten zehn Jahre sehr wohlwollend aufgenommen. Eine qualitative Veränderung dieser Exporte erwartet Russland von der Verlagerung vom Export hin zur Lieferung elektrischer Energie. Beide Länder planen für die kommenden fünf Jahre gemeinsame Investitionen im Umfang von 10 Mrd. USD. Damit sollen in erster Linie Kraftwerke entlang der chinesisch-russischen Grenze errichtet werden, die elektrische Energie in die chinesischen Ballungszentren liefern sollen. Die von chinesischer Seite dringlich gewünschte Ölpipeline durch Sibirien blieb hingegen unerwähnt, was darauf hindeutet, dass hier keine Fortschritte erzielt werden konnten.

Die Hinwendung zur Lieferung von elektrischer Energie ist auch auf andere Weise symptomatisch für den Zustand der russisch-chinesischen Beziehungen im wirtschaftlichen Bereich. Auf russischer Seite macht sich zunehmend eine wachsende Unzufriedenheit mit der Asymmetrie in diesen Beziehungen bemerkbar. Russische Beamte sprachen jüngst in diesem Zusammenhang schon von der Replizierung kolonialer Strukturen, wobei Russland drohe, gegenüber China in die Rolle einer Kolonie zurückzufallen. Über diesen Unmut können auch Ankündigungen nicht hinwegtäuschen, man wolle das Handelsvolumen auf 60 Mrd. USD verdoppeln und auch die chinesischen Investitionen in Russland ausweiten.

35% der russischen Exporte entfallen gegenwärtig auf Rohstoffe. Maschinenbau-

produkte besitzen nur noch einen Anteil von 2%, während China seinerseits den Anteil nach Russland exportierter Güter dieser Produktkategorie auf 20% steigern konnte. Trotz der begehrten Importe von fossilen Energieträgern ist Russland als Wirtschaftspartner für Beijing nur einer unter vielen. Der Handel mit Russland hat nur einen Anteil von 2% am gesamten chinesischen Außenhandel, und die chinesischen Investitionen von 700 Mio. USD im Nachbarland schlagen auch nur mit 5% der gesamten chinesischen Auslandsinvestitionen zu Buche.

Unter diesen Umständen erscheint es auch für die chinesische Regierung politisch dringend geboten, dem strategischen Partner in Moskau Offerten zur Abmilderung der Asymmetrie zu unterbreiten. Erstmals waren daher von Hu Jintao Formulierungen zu hören, die eine gewachsene Sensibilität Chinas gegenüber Russland andeuten. Im Rahmen seines Zusammentreffens während der APEC-Tagung am 18. November 2006 in Hanoi erklärte Hu, man wolle Anstrengungen unternehmen, um die Qualität der wirtschaftlichen Kooperation zu verbessern. Im Zentrum stehe dabei eine Anpassung der Struktur von Handel und Wirtschaftszusammenarbeit. Gegenseitige Investitionen und die Kooperation im Hightechbereich sollen diese Entwicklung fördern.

Beijing möchte beispielsweise mit Russland über die Lieferung einer größeren Zahl von Flugzeugen aus russischer Produktion diskutieren. Konkrete Aufträge an russische Hersteller sind mit dieser Gesprächsbereitschaft auf chinesischer Seite jedoch nicht verbunden. Nicht uneigennützig wünscht Beijing beispielsweise auch die

gemeinsame Entwicklung eines Frachtjets. Russland besitzt in diesem Bereich Know-how, das in China bislang noch fehlt. China ist sogar soweit vorgeprescht, die Finanzierung eines solchen gemeinsamen Projekts zu übernehmen. Ob all diese Vorschläge, , geeignet sind, zunehmenden russischen Unmut auszuräumen, darf bezweifelt werden, zielen sie doch in sehr durchsichtiger Weise darauf ab, chinesische technologische Defizite auszugleichen. (WSJ, 10.11.06; ST, 10.11.06; SCMP, 10.11.06; RBK TV, 6.11.06, nach BBC PF, 7.11.06; Xinhua, 10./18.11.06, nach BBC PF, 12./20.11.06)

USA blockieren China in Lateinamerika

Bereits seit zwei Jahren bemüht sich China darum, in Lateinamerika die ansonsten eingeforderte internationale Verantwortung zu übernehmen. Aufgrund der immer enger werdenden Wirtschaftsbeziehungen zu lateinamerikanischen Staaten setzt die chinesische Regierung auf ein umfassendes Engagement, um auch politisch an Einfluss auf dem Kontinent zu gewinnen. Dafür ist China bereit, auch Verpflichtungen zu übernehmen. Daher beantragte die VR China im Jahr 2004 den Beitritt zur Inter-American Development Bank (IADB) als Geberland.

Bei der IADB handelt es sich mit bislang 47 Mitgliedsstaaten um die größte regionale Entwicklungsbank. China kann sich bei seinem Beitrittswunsch zwar des Wohlwollens der Nehmerländer sicher sein, die über die Hälfte der Stimmen in der Organisation verfügen, nicht jedoch auch eines entsprechenden Stimmverhältnisses. Dem Vernehmen nach blockiert die

US-Regierung den Beitritt Chinas in diese multilaterale Finanzinstitution in ihrem unmittelbaren Einflussgebiet. Letztlich handelt es sich damit bei der Entscheidung für oder gegen eine Aufnahme Chinas als 48. Mitgliedsland um eine Machtprobe zwischen USA und China. Ein Überstimmen der USA käme einem offenen Affront gleich, nachdem China zuvor bereits der Caribbean Development Bank beigetreten war.

–Offen werden die Vorbehalte der USA nicht ausgesprochen. Condolezza Rice wiggelte in diesem Zusammenhang beispielsweise ab, als sie erklärte, es sei besser, China habe Freunde und nicht Feinde. Auf der anderen Seite sei sie jedoch besorgt darüber, dass einige Aspekte der chinesischen Außenpolitik nicht sehr positiv seien. Als Beispiel benannte Rice die altbekannten Kritikfelder: Überzogene Aufrüstung, Schwierigkeiten beim Schutz geistiger Eigentums- und der Menschenrechte. Die Besorgnis darüber schrieb sie in erster Linie Chinas Nachbarn zu. (SCMP, 11.11.06)

Chinesin an der Spitze der WHO – weitere sollen folgen

Die chinesische Regierung ist bestrebt, mehr leitende Posten in internationalen Organisationen mit chinesischen Staatsbürgern zu besetzen. Zu diesem Zwecke werde Beijing zukünftig weitere Personen für die Übernahme entsprechender Posten nominieren. Das sagte der chinesische ständige Vertreter bei den Vereinten Nationen in Genf in einem Interview im Anschluss an die Bestellung Margaret Chans zur neuen Leiterin der Weltgesundheitsorganisation

WHO. Die Wahl der ehemaligen Direktorin der Hongkonger Gesundheitsbehörde zur Generaldirektorin der WHO Anfang November 2006 wurde in Beijing als Beginn einer neuen Ära und zugleich als diplomatischer Erfolg der chinesischen Regierung gefeiert.

Frau Chan ist die erste chinesische Staatsbürgerin, die ein Leitungsamt einer UN-Organisation bekleiden wird. Sie hatte sich gegen Kandidaten aus Japan, Mexiko, Spanien und Kuwait durchgesetzt und 24 der 34 Stimmen des Executive Board der WHO erhalten, bevor sie von der Vollversammlung der Organisation bestätigt wurde. Chan zeigte sich nach ihrer Wahl absolut loyal und betonte im Interview, China unterhalte traditionell sehr gute Beziehungen zur WHO und sei immer zu schneller Informationsübermittlung bereit gewesen und unterstütze die Arbeit der Organisation. (WSJ, 8.11.06; SCMP, 27.11.06; Ming Pao Online, 9.11.06, nach BBC PF, 11.11.06)

Bald wieder Öl aus dem Irak

Nach der US-amerikanischen Besetzung des Irak hatte sich China eigentlich aus dem Rennen um den irakischen Ölreichtum gewähnt. In Beijing galt es eigentlich als ausgemachte Sache, dass die Quellen in dem Land, das nach Saudi Arabien und dem Iran über die weltweit größten Erdölvorkommen verfügt, unter US-amerikanischen Ölfirmen verteilt würden. Nun sind jedoch Verhandlungen darüber aufgenommen worden, in welcher Weise ein im Jahr 1997 unterzeichneter Vertrag über die Ausbeutung eines irakischen Öl-

felds wiederbelebt werden kann. In China wird diese Wende der desolaten Sicherheitslage im Irak zugeschrieben, die es US-amerikanischen Ölfirmen zunehmend unattraktiver erscheinen lässt, sich hier wirtschaftlich zu engagieren.

Auch chinesische Ölkonzerne sind nicht frei von derartigen Überlegungen im Hinblick auf die Absicherung von Investitionen im Irak. Dies gilt gleichermaßen für Sinopec, Sinochem, CNOOC und CNPC. Nicht nur China ist am irakischen Öl interessiert, auch der Irak sieht in Asien den größten potenziellen Markt für Öl-exporte. Das wurde in ersten Gesprächen zwischen Vertretern des irakischen Ölministeriums und Repräsentanten der makroökonomischen Planungsstäbe der chinesischen Regierung deutlich.

Für China steht als erster Schritt die Wiederbelebung des Vertrags zwischen dem Irak und der chinesischen CNPC auf dem Programm. Auch die irakische Regierung räumt dem Projekt der gemeinsamen chinesisch-irakischen Ausbeutung des Ölfelds von Ahdab Priorität ein. Es wird erwartet, dass diese Lagerstätte 90.000 Barrel pro Tag liefern kann, sobald die Produktion aufgenommen wird. Für China sind jedoch noch einige Hürden zu nehmen. Als größte könnte sich erweisen, dass nach der neuen irakischen Gesetzeslage alle Kontrakte, die unter der Herrschaft Saddam Husseins geschlossen worden waren, neu verhandelt werden müssen. Ursprünglich waren die chinesischen Investitionen auf 700 Mio. USD festgelegt worden. (WSJ, 30.10.06; SCMP, 29.10.06)

Neuer Auftrieb für die sino-japanischen Beziehungen

Bereits am 8. Oktober 2006 führte der Besuch des neuen japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe in Beijing gemäß Hu Jintao einen „Wendepunkt“ in den bilateralen Beziehungen herbei. Das dürfte vor allem auf die vorausgegangene Aussage Abes zurückzuführen sein, er würde in seiner Funktion als Ministerpräsident von Besuchen des Yasukuni-Schreins absehen (vgl. Giese in C.a., 5/2006, S.95-96). Auf dem Gipfel wurde Abe von chinesischer Seite erwartungsgemäß zur Zurückhaltung bei den Besuchen aufgefordert. Dieser äußerte sich jedoch nicht zu seinen diesbezüglichen Plänen. Dennoch hat diese bedeckte Haltung bis auf Weiteres den Weg für „langfristige und strategische Beziehungen“ wieder eröffnet. Das beinhaltet unter anderem eine Zusammenarbeit bei der Verhinderung möglicher weiterer Atomtests Nordkoreas, denen durch Dialog und Konsultationen im Rahmen der Sechs-Parteien-Gespräche gemeinsam entgegengewirkt werden soll. Insgesamt kann der freundliche Empfang durch Hu Jintao, Wen Jiabao und Wu Bangguo in Beijing als erster Schritt in Richtung einer Verbesserung der bilateralen Beziehungen angesehen werden, die auch wieder eine engere Zusammenarbeit ermöglichen.

Schon am Rande des asiatisch-pazifischen Gipfels in Hanoi am 18. November 2006 trafen sich die Spitzenpolitiker beider Staaten erneut zu bilateralen Gesprächen. Bei der dortigen Thematisierung der Atomtests Nordkoreas beteuerte Abe, dass Japan

nicht nach atomarer Bewaffnung strebe. Hu Jintao reagierte auf diese Zusicherung von japanischer Seite wohlwollend und sprach sich ausdrücklich für den korrekten Umgang mit sensiblen Themen aus. Auf eine Erwähnung der Besuche des Yasukuni-Schreins durch japanische Regierungspolitiker wurde diesmal verzichtet. Hingegen sollen die Verhandlungen zur Beilegung des chinesisch-japanischen Territorialkonflikts im Ostchinesischen Meer vorangetrieben werden. Es wurde vereinbart, die damit verbundenen geschichtlichen Differenzen im Zuge einer gemeinsamen Aufarbeitung der Geschichte auszuräumen. Frühere Versuche von Historikern auf beiden Seiten, gegenseitiges Verständnis herzustellen, waren gescheitert.

Neben diesen eher kritischen Punkten, wird eine Zusammenarbeit im Handel, in Energie- und Umweltfragen sowie im Tourismus – auch unter Einbeziehung von Südkorea – anvisiert. Die schon „prinzipiell“ beim Oktobergipfel von chinesischer Seite angenommene Einladung zu einem Japan-Besuch wurde in Hanoi von beiden Seiten bekräftigt. Ein chinesischer Staatsbesuch in Japan soll einem japanischen Diplomaten zufolge „sehr wahrscheinlich“ im Frühling nächsten Jahres stattfinden. (SCMP, 18., 19.11.06; XNA, 8.10., 18.11.06; XNA, 18.11.06, nach BBC PF 19.11.06; ST, 9.10.06)

Chinesen aus Tonga evakuiert

Am 17. November 2006 berichtete Xinhua über Ausschreitungen gegenüber chinesischen Geschäften in der Hauptstadt von Tonga. Hieß es zunächst, ein Viertel der

chinesischen Läden sei bei Krawallen im Anschluss an prodemokratische Demonstrationen in Nuku'alofa zerstört worden, so wurde die Zahl später präzise mit 30 angegeben. Bis zum 22. November suchten ca. 100 ethnische Chinesen Schutz in der chinesischen Botschaft in der Hauptstadt Tongas. Einen Tag später hieß es einerseits, die chinesischen Geschäftsleute hätten teilweise ihre Geschäfte wieder eröffnet, würden jedoch die Nacht noch weiterhin in der Botschaft verbringen. Andererseits wurden am 23.11. auch 200 Chinesen aus Tonga evakuiert. Das chinesische Außenministerium hatte zu diesem Zweck einen Jet der Fluggesellschaft Air China gechartert. Die Ausschreitungen, denen mit Hilfe von 150 Soldaten und Polizisten aus Australien und Neuseeland Einhalt geboten worden war, lagen zu diesem Zeitpunkt bereits eine Woche zurück.

Insgesamt leben in Tonga etwa 4.000 Chinesen, 500 davon in der Hauptstadt Nuku'alofa. Obwohl nach chinesischer Darstellung teilweise schon seit Generationen in Tonga ansässig, hatte sich die Mehrzahl der Chinesen im Jahr 2000 in dem Pazifikstaat niedergelassen. Damals existierte ein Programm, mit dem Tonga Einbürgerungen gegen harte Währung durchführte, um auf diese Weise Devisen zu erhalten. (SCMP, 22., 23., 24.11.06; XNA, 17., 22., 23.11.06)

Innenpolitik

Katrin Willmann

Hu Jintaos Doktrin der „Harmonischen Gesellschaft“

Das Zentralkomitee (ZK) der KPCh hielt vom 8. bis 11. Oktober 2006 seine sechste Plenarsitzung seit seiner Konstituierung auf dem XVI. Parteitag der KPCh im November 2002 ab. An dem Plenum nahmen 347 Mitglieder teil.

Im Mittelpunkt stand als Weichenstellung für den nationalen Parteitag im Jahr 2007 die Doktrin der „Harmonischen sozialistischen Gesellschaft“ (*shehuizhuyi hexie shehui*). Erstmals formuliert worden war das parteipolitische Konzept in der Resolution des XVI. Parteitags der KPCh im Jahr 2002. Nach einer näheren Definition anlässlich der ZK-Plenartagung im Jahr 2004 war es während der letztjährigen Plenarsitzung neben weiteren Leitbildern wie dem „wissenschaftlichen Entwicklungskonzept“ und der „eigenständigen Innovationen“ nur ein Bestandteil der parteipolitischen Prioritätensetzung (vgl. C.a., 6/2005, S.13-19). Im Verlauf dieses Jahres hatte sich eine Fokussierung bereits abgezeichnet (vgl. C.a., 2/2006, S.106-110; 4/2006, S.110-111). Mit der Verabschiedung einer Resolution zum Aufbau einer harmonischen sozialistischen Gesellschaft durch die Mitglieder des ZK erhob Staats- und Parteichef Hu Jintao das Konzept nun endgültig zu seiner eigenen Doktrin und damit zu seinem politischen Vermächtnis.

Erstmals wurden im ZK-Plenum da-